

SÜDWESTRUNDFUNK
SWR2 AULA – Manuskriptdienst
(Abschrift eines frei gehaltenen Vortrags)

Einmal arm, immer arm
Soziale Gerechtigkeit in Deutschland
(Alternativtitel: Soziale Gerechtigkeit und die deutschen Eliten)

Autor und Sprecher: Professor Michael Hartmann *
Redaktion: Ralf Caspary
Sendung: Sonntag, 23. Juni 2013, 8.30 Uhr, SWR 2

Bitte beachten Sie:

*Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt.
Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen
Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.*

*Mitschnitte auf CD von allen Sendungen der Redaktion SWR2 Wissen/Aula
(Montag bis Sonntag 8.30 bis 9.00 Uhr) sind beim SWR Mitschnittdienst in
Baden-Baden für 12,50 € erhältlich.*

Bestellmöglichkeiten: 07221/929-26030

Kennen Sie schon das neue Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

*Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen
Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen.
Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen
Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert.
Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de*

*SWR2 Wissen/Aula können Sie auch als Live-Stream hören im SWR2
Webradio unter www.swr2.de oder als Podcast nachhören:
<http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/wissen.xml>*

Manuskripte für E-Book-Reader

*E-Books, digitale Bücher, sind derzeit voll im Trend. Ab sofort gibt es auch die Manuskripte
von SWR2 Wissen/Aula als E-Books für mobile Endgeräte im sogenannten EPUB-Format.
Sie benötigen ein geeignetes Endgerät und eine entsprechende "App" oder Software zum
Lesen der Dokumente. Für das iPhone oder das iPad gibt es z.B. die kostenlose App
"iBooks", für die Android-Plattform den in der Basisversion kostenlosen Moon-Reader. Für
Webbrowser wie z.B. Firefox gibt es auch Addons oder Plugins zum Betrachten von E-
Books.
<http://www1.swr.de/epub/swr2/wissen.xml>*

Ansage:

Mit dem Thema: „Einmal arm, immer arm – Soziale Gerechtigkeit und die deutschen Eliten“.

Der deutschen Bevölkerung ist klar: Soziale Gerechtigkeit ist das Thema ganz oben auf der politischen Agenda. Die Kluft zwischen Arm und Reich, Niedriglöhne, von denen man kaum leben kann, Ausbeutungsmuster gemäß dem gierigen Kapitalismus, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, gleichzeitig steigende Managergehälter – all das schürt Unzufriedenheit bei den Bürgern und Bürgerinnen, eine Mehrheit wünscht sich politische Entscheidungen in Richtung mehr Gerechtigkeit. Doch komischerweise kommt diese Botschaft bei den Adressaten nicht an, bei Politikern und Unternehmern, bei den Eliten.

Woran liegt das? An der Ignoranz und Abgehobenheit der deutschen Eliten, sagt Professor Michael Hartmann, Soziologe und Eliteforscher an der TU Darmstadt.

Michael Hartmann:

„Soziale Gerechtigkeit“ – unter diesem Motto führen die Oppositionsparteien dieses Jahr ihren Bundestagswahlkampf. Sie greifen damit eine Stimmung auf, die in der Bevölkerung weit verbreitet ist und die sich in den letzten Jahren verstärkt hat. Solide sozialwissenschaftliche Umfragen zeigen, dass drei Viertel der Befragten die sozialen Unterschiede in Deutschland als ungerecht empfinden. Fast ebenso große Mehrheiten finden sich, wenn man nach konkreten politischen Maßnahmen finanz- und arbeitsmarktpolitischer Art fragt: Eine Erhöhung der Steuern für hohe Einkommen und Vermögen befürworten zwischen 66 und über 70 Prozent. Geht es um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns – in der Regel 8,50 Euro – so liegen die Mehrheiten nicht ganz so hoch, übertreffen zumeist aber auch die Marke von zwei Dritteln. Das heißt, eine überwältigende Mehrheit wünscht sich Veränderungen, die zu einer Angleichung der sozialen Verhältnisse in Deutschland führen.

Die Bevölkerung reagiert damit auf eine deutliche Verschlechterung der sozialen Lage seit der Jahrtausendwende. Um nur ein paar Beispiele und Zahlen zu nennen: Am „unteren Ende“ der Bevölkerung hat zwischen 2000 und 2005 die Armut um über 40 Prozent zugenommen, sie hat sich auf diesem Niveau ungefähr bis 2009 stabilisiert und danach noch einmal um gut 10 Prozent zugenommen. D. h. die Armut ist binnen eines Jahrzehnts um über 50 Prozent angestiegen. Auf der anderen Seite hat die Zahl der Milliardäre im selben Zeitraum ebenfalls um fast 50 Prozent zugenommen – inzwischen gibt es 115 Milliardäre in diesem Land. Am unteren Ende arbeitet inzwischen jeder Achte für maximal 7 Euro pro Stunde, 4 bis 5 Prozent bekommen sogar maximal 5 Euro pro Stunde. Es gibt also einen richtig großen Sektor von „working poor“, von Menschen, deren Einkommen von der Bundesagentur für Arbeit durch Hartz IV aufgestockt werden müssen. Insgesamt sind das 1,3 Millionen Menschen. Das frisst jedes Jahr ein Drittel des Etats der von der Bundesregierung für diese Maßnahmen zur Verfügung gestellt wird, ist also indirekt eine Subventionierung von Niedriglöhnen. Der Niedriglohnsektor Deutschland ist der

zweitgrößte in den Industrieländern nach den USA und betrifft inzwischen fast jeden vierten Beschäftigten.

Auf der anderen Seite verzeichnen wir eine enorme Zunahme hoher Einkommen und Vermögen. Das gilt nicht nur für Milliardäre, sondern auch für Spitzenmanager. Bis Mitte der 90er Jahre verdienten die Vorstandsmitglieder der großen Dax-Konzerne das 14-fache dessen, was durchschnittlich Beschäftigte dort verdienten – und die durchschnittlich Beschäftigten bei Konzernen wie der Deutschen Bank, Daimler oder Volkswagen verdienen alle überdurchschnittlich gut. Investment-Banker streichen zum Teil zweistellige Millionensummen jährlich ein. Dieser Unterschied ist vom 14-fachen binnen einem Jahrzehnt auf das 54-fache gestiegen. Diese Kluft ist mittlerweile so groß geworden, dass sie einer zunehmenden Zahl von Menschen vollkommen unverständlich ist.

Es fragt sich nun, warum es auf diesem Gebiet trotz eindeutiger Mehrheiten in der Bevölkerung so gut wie keine Änderung gegeben hat. Weder haben wir Ansätze, einen gesetzlichen Mindestlohn verbindlich einzuführen, wir haben allenfalls einzelne Maßnahmen in diese Richtung. Und noch weniger wird von den Verantwortlichen ernsthaft darüber nachgedacht, die Steuerbelastung für hohe Einkommen, Vermögen oder gar für Erbschaften wieder anzuheben, die ja in den letzten gut 10 Jahren gravierend gesunken ist.

Warum ist das so? Entscheidend ist in dieser Hinsicht die Einstellung der Eliten selber, das heißt jenes Teils der Bevölkerung, der die maßgeblichen Entscheidungen über alle wichtigen Prozesse trifft. Dieser Frage nachzugehen, war ein Ziel eines umfassenden Forschungsprojekts, das zwischen Herbst 2011 und Herbst 2012 durchgeführt worden ist. Im Rahmen dieses Forschungsprojekts ist ein Sozialprofil jener Personen erstellt worden, die die 1.000 wichtigsten Machtpositionen in Deutschland besetzen, also der Mitglieder der Bundesregierung, der Staatssekretäre auf Bundesebene, der Ministerpräsidenten, der Finanzminister der Länder, der Justiz- und Innenminister der großen Flächenstaaten, der beamteten Staatssekretäre und der Abteilungsleiter in den Bundesministerien, der hohen Bundesrichter, der Spitzenmilitärs, der Spitzenmanager, das heißt der Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzenden der gut 200 größten deutschen Unternehmen und auch der Spitzen der Gewerkschaften, der Kirchen und der gesellschaftlichen Verbände, wobei letztere nur gut 5% ausmachten, entsprechend ihrer realen Durchsetzungsfähigkeit. Im Rahmen dieses Projekts ist nicht nur das Sozialprofil erhoben worden, sondern diese Personen sind auch befragt worden zu ihren Einstellungen zu gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Ein wesentlicher Teil bezog sich auf ihre Einstellung zu sozialer Ungleichheit in diesem Land und zu konkreten Maßnahmen, mit denen man dieser sozialen Ungleichheit eventuell beikommen kann, zumindest zu den Maßnahmen, die in der Bevölkerung große Mehrheiten finden.

Das Ergebnis war ganz und gar eindeutig: Die Eliten denken mehrheitlich über all diese Punkte vollkommen anders als die Bevölkerung. In der Frage, wie gerecht die Eliten die sozialen Unterschiede in diesem Land finden, zeigt sich: Während sie in der Bevölkerung drei von vier Befragten ungerecht finden, sind es unter den Eliten gerade mal 43 Prozent, also nicht einmal die Hälfte. Wenn man nach konkreten Maßnahmen fragt, werden die Differenzen sogar noch größer. Das betrifft sowohl die

Finanzpolitik als auch die Arbeitsmarktpolitik. Die Frage nach höheren Steuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften beantworten in der Bevölkerung fast drei von vier Menschen positiv; unter den Eliten sieht es fast umgekehrt aus: Im Verhältnis 2 : 1 lehnen sie höhere Steuern ab. Auch der Mindestlohn wird von den Eliten mehrheitlich nicht gewünscht. Dafür gibt es eine 4 : 1-Mehrheit für eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, also für die Fortsetzung der Politik, die uns den Niedriglohnsektor beschert hat, die befristeten Arbeitsverträge, die Leiharbeitsverhältnisse und ähnliches. Man kann sagen, dass die Eliten in ihrer Mehrzahl die Wirklichkeit ganz offensichtlich vollkommen anders sehen als die Bevölkerung. Das gilt quer Beet für alle Bereiche, auch für die Finanzkrise, worauf ich später noch zu sprechen komme.

Interessant ist auch ein Blick auf Unterschiede innerhalb der Eliten. Ihre Ansichten hängen enorm von ihrer eigenen sozialen Herkunft ab. Grob skizziert kann man sagen: Arbeiterkinder, die es bis in Elite-Positionen geschafft haben, denken relativ ähnlich wie die „normale“ Bevölkerung, wenn auch etwas weniger ausgeprägt. Großbürgerkinder, das heißt die Personen, die in reichen und/oder mächtigen Elternhäusern aufgewachsen sind, denken vollkommen anders. Um das an einzelnen Fragen deutlich zu machen: Die Frage, ob die sozialen Unterschiede in Deutschland gerecht sind, beantworten Arbeiterkinder im Verhältnis 2 : 1 mit Nein. Das ist nicht ganz so deutlich wie in der Bevölkerung, aber doch relativ nahe dran. Die Großbürgerkinder finden die Verhältnisse dagegen gerecht, ebenfalls mit 2 : 1. Nimmt man die beiden Mittelgruppen, das heißt jene, die in normalen Mittelschichtfamilien aufgewachsen sind oder in bürgerlichen Familien, wobei bürgerliche Familien ungefähr 3 Prozent der Bevölkerung am oberen Ende umfassen (das Großbürgertum nur die oberen 5 Promille), so zeigt sich, dass die Mittelschichtkinder in fast allen Fragen relativ nah an den Arbeiterkindern sind, wenn auch nicht ganz so deutlich antworten wie die Arbeiterkinder, während die Bürgerkinder in den meisten Fragen nah an den Großbürgerkindern liegen.

Das heißt, auch bei der großen Mitte der Elite-Angehörigen zeigt sich, dass die soziale Herkunft prägend ist. Warum das so ist, wird wahrscheinlich am deutlichsten, wenn man konkrete Fragen stellt, die die einzelnen Eliten auch materiell betreffen, zum Beispiel die Besteuerung höherer Einkommen und Vermögen. Dort antworten die Arbeiterkinder mit einer Mehrheit von 5 : 2, ja, höhere Besteuerung von höheren Einkommen, Vermögen und Erbschaften ist wichtig. Die Großbürgerkinder antworten mit einer Mehrheit von 9 : 2, dass das unwichtig ist. Hier geht es ganz offensichtlich darum, wie die eigene Lebensgeschichte verarbeitet und die eigene Situation bewertet wird. Arbeiterkinder, und das gilt selbst für die, die es in der Wirtschaft zu Spitzenpositionen gebracht haben, haben ganz offensichtlich noch in Erinnerung, wie mühsam der Weg nach oben war. Sie empfinden die vielen Hindernisse, die sie auf ihrem Weg überwinden mussten, als ungerechtfertigt, sie empfinden die Verhältnisse mehrheitlich als ungerechtfertigt, und sie sind der Meinung, dass der Staat über höhere Steuern in die Lage versetzt werden muss, eine Infrastruktur anzubieten, die auch Arbeiterkindern die Möglichkeit bietet, sozial aufzusteigen.

Großbürgerkinder sehen das vollkommen anders: Sie sind in gesicherten, zum großen Teil in wohlhabenden oder reichen Verhältnissen aufgewachsen, ihr Lebensweg war weitgehend in Richtung nach oben vorgezeichnet. Sie mussten sich nie ernsthaft damit beschäftigen, ob sie nun ein Gymnasium besuchen, studieren

und einen guten Beruf finden. Das war alles selbstverständlich. Genauso selbstverständlich war, dass die Familie wohlhabend oder reich war. Das ist nicht als Problem aufgefasst worden, sondern so ist die Gesellschaft eben, und der Vater hat ja auch hart gearbeitet dafür. Ihr Verständnis dieser Welt ist geprägt davon, dass das, was sie als Kind kennengelernt haben, für sie selbstverständlich war. Sie gehen dementsprechend mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit auch anders um.

Das gilt besonders beim Thema Steuern. Denn in dieser Welt gibt es traditionell so etwas wie zwei Grundwahrheiten: Die eine Grundwahrheit ist: Der Staat nimmt uns viel zu viel von unserem hart erarbeiteten Einkommen und Vermögen weg; die zweite Grundwahrheit lautet, der Staat kann mit Geld nicht umgehen. Die Konsequenz daraus ist logisch: Man sollte dem Staat nicht zu viel von dem hart erarbeiteten Geld geben. Das führt in Extremfällen, und diese Extremfälle sind in diesen Kreisen nicht so selten, wie die ununterbrochene Kette von Skandalen von Klaus Zumwinkel bis zu Uli Hoeneß zeigt, zum Teil dazu, dass man illegale Wege geht, um Steuern zu sparen. Mehrheitlich jedoch nutzt man die vielen Grauzonen des deutschen Steuerrechts, um Steuerpflichten entgehen zu können. Das ist eine dort weit verbreitete Sicht der Dinge. Sie bezieht sich genauso auf andere Themen, ist aber wohl am ausgeprägtesten dort, wo es die eigenen Einkommen und Vermögen betrifft. Ein zweiter Punkt kommt dazu: Bei den Arbeiterkindern in der Wirtschaft geht es zwar auch um hohe Einkommen, aber nicht um familiär ererbte Vermögen, Erbschaften usw. Das ist bei den Großbürgerkindern und auch bei den Bürgerkindern anders. Vor allem bei den Großbürgerkindern geht es zum Teil um dreistellige Millionen- oder gar Milliardenbeträge, wenn man über Erbschaften redet, zum Beispiel bei den Erben großer Konzerne, die im Sample vertreten waren. Dort findet man häufig Positionen, die Steuern generell eher für ein Übel halten. Und wenn man sich überhaupt bereit erklärt, höhere Steuern zu zahlen, und tatsächlich gibt es kleine Minderheit, zu der gehört zum Beispiel Michael Otto, der Erbe des Otto-Konzerns, dann nur in Form höherer Einkommenssteuern und auf keinen Fall in Form von Vermögenssteuern, höheren Erbschaftssteuern oder ähnlichem.

Fragt man diese Eliten nun nach anderen Punkten, zum Beispiel danach, wie sie zur Einführung eines Mindestlohns stehen, so zeigen sich ähnliche Mehrheitsverhältnisse. Von den Arbeiterkinder wird die Einführung eines Mindestlohns mit deutlicher Mehrheit von 5 : 2 für wichtig gehalten, die Großbürgerkinder lehnen sie mit der gleichen Mehrheit ab. Auch hier spielt die eigene Lebensgeschichte eine nicht unwesentliche Rolle. Arbeiterkinder können sich schlicht und einfach besser in die Lage von Beschäftigten hinein versetzen, die am unteren Ende der Skala zusehen müssen, wie sie mit ihrem relativ geringen Gehalt sich selber oder gar ihre Familien über Wasser halten können. Bei Großbürgerkindern hat das nie eine Rolle gespielt. Hinsichtlich der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sieht es ähnlich aus. Bei den Eliten insgesamt spricht sich eine Mehrheit von 4 : 1 für eine weitere Flexibilisierung aus, das heißt für noch mehr Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und ähnlichem. Auch hier unterscheiden sich Arbeiter- und Großbürgerkinder deutlich: Während bei Arbeiterkindern die Mehrheit nur relativ knapp ausfällt, sehen die Großbürgerkinder im Verhältnis 10 : 1 eine Fortsetzung als wichtig an. Noch interessanter ist aber, dass die Mehrheiten für eine weitere Flexibilisierung am stärksten ausfallen in jenen beiden Sektoren, wo die Flexibilisierung schon am weitesten voran geschritten ist, nämlich in der Wirtschaft und in der Wissenschaft. Für mich am erstaunlichsten war, dass in der Wissenschaft,

wo für die Mehrheit der Nachwuchswissenschaftler befristete Arbeitsverhältnisse von maximal einem Jahr haben, die Mehrheit der verbeamteten Spitzenwissenschaftler eine weitere Flexibilisierung für sinnvoll halten. Das ist angesichts der realen Situation nur dadurch zu erklären, dass sie schlicht und einfach die Wirklichkeit der normalen Nachwuchswissenschaftler nicht mehr zur Kenntnis nehmen oder einfach keine Ahnung davon haben, und dass sie es als angenehm empfinden, Wissenschaftler zu ersetzen, wenn es Probleme irgendwelcher Art gibt.

Was die Finanzkrise angeht, so zeigt sich das Muster in gleicher Form: Während in der breiten Bevölkerung fast 9 von 10 Befragten die Banken für die Finanzkrise verantwortlich machen, sieht es bei den Eliten anders aus: Dort ist eine satte Mehrheit der Meinung, der entscheidende Faktor für die Finanzkrise sei die Staatsverschuldung. Das gilt für alle Herkunftsgruppen, auch hier wieder am stärksten für die Großbürgerkinder. Das ist angesichts der Tatsache, dass die Banken durch ihre Politik in den ersten sechs, sieben Jahren dieses Jahrtausends entscheidend zum Ausbruch der Finanzkrise geführt haben, relativ unverständlich, zeigt aber, wie erfolgreich die Banken dabei waren, an ein Verständnis anzuknüpfen, dass der Staat letztendlich mit Geld nicht umgehen kann. Und dieses Verständnis hängt stark mit der sozialen Herkunft der Eliten zusammen.

Nimmt man all das zusammen, zeigt sich, wie entscheidend es ist, dass die deutschen Eliten sich mehrheitlich aus Bürger- und Großbürgertum rekrutieren. Nimmt man alle Eliten zusammen, so stammen gut 62 Prozent aus diesem Milieu. Ganz vorne liegen die großen Privatunternehmen mit einem Anteil von über 83 Prozent, die hohe Justiz kommt auf zwei Drittel, die Wissenschaftsspitzen, Vertreter der Medien und die Vertreter der hohen Verwaltung kommen auf etwa 62 Prozent, Politiker liegen bei unter 50 Prozent, das heißt die Mehrheit der Politiker stammt immer noch aus der breiten Bevölkerung. Völlig aus dem Raster fallen die Gewerkschaftsspitzen, die Kirchengipfel und auch die Spitzen der gesellschaftlichen Verbände, wo Bürger- und Großbürgerkinder nur eine kleine Minderheit darstellen.

Interessant ist, dass in den Medien wie in der Wirtschaft eine krasse Kluft herrscht zwischen jenen, die in privater Hand sind, und jenen Unternehmen, die in öffentlichem Eigentum sind. Bei den privaten Medienunternehmen sieht es fast genauso aus wie bei den privaten Wirtschaftsunternehmen: Dort stammen 77 Prozent der Chefredakteure und Herausgeber aus bürgerlichen oder großbürgerlichen Haushalten; bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gibt es eine Mehrheit der Intendanten und Programmdirektoren, die aus der Normalbevölkerung stammen. Genauso verhält es sich bei den öffentlich-rechtlichen Unternehmen der Energieversorgung und ähnlichem. Auch dort gibt es eine Mehrheit von Spitzenmanagern, Vorstandsvorsitzenden wie Aufsichtsratsvorsitzenden, die aus der Normalbevölkerung stammen. Das heißt, in jenen Institutionen, die öffentlichem Einfluss unterliegen, sieht die soziale Rekrutierung anders aus. Das ist der Einfluss der Politik.

Aber auch in der Politik muss man konstatieren, dass die Politik nicht einheitlich ist. Wenn man die drei Bereiche unterscheidet, die Bundesregierung inklusive Staatssekretäre, die Länderexekutive, die Ministerpräsidenten und die wichtigen Landesminister und die Bundeslegislative, das heißt, die Ausschussvorsitzende, die

Fraktionsvorsitzenden und die Parteivorsitzenden, zeigt sich, je machtvoller die Politik ist, umso höher fällt der Anteil der Großbürger- und Bürgerkinder aus, in der Bundesexekutive stellen sie mit 55 Prozent eine spürbare Mehrheit, in der Länderexekutive sind es nur noch gut 40 Prozent, die aus diesem Milieu stammen, und in der Legislative sind es nur noch gut 30 Prozent. Das heißt, auch in der Politik gilt die Regel, je mächtiger eine Institution ist, umso höher ist der Anteil der Bürger- und Großbürgerkinder in dieser Institution, was umgekehrt bedeutet: Die Bürger- und Großbürgerkinder mit ihren Einstellungen, die vollkommen konträr zu denen der Bevölkerung liegen, sind dort am einflussreichsten, wo die Macht am größten ist und die wirklich wichtigen Entscheidungen getroffen werden.

Für den Mediensektor bedeutet das, bei den großen Privatmedien, vor allem im Printbereich, herrschen in den Spitzenpositionen andere soziale Herkunftsverhältnisse als in den öffentlich-rechtlichen, was zum Teil erklären mag, dass die Medienbeiträge, die sich eher kritisch mit den sozialen Verhältnissen auseinandersetzen, im öffentlich-rechtlichen Bereich doch noch häufiger zu finden sind als im privaten, wenn auch die Unterschiede zumeist nicht sehr groß sind.

In der Konsequenz bedeutet das, dass die deutschen Eliten dieses Land nach Maßstäben und mit Einstellungen führen, die schon in den letzten gut zehn Jahren maßgebend waren für ihre Politik und dass sich keine durchgreifende Änderung abzeichnet. Das gilt zum Teil auch für die Oppositionsparteien. Wenn man sich die SPD und ihr Kompetenzteam anguckt, so wird es in fast gleicher Größe bestückt von Personen, die für die Agenda 2010 stehen, und von Personen, die diese Agenda ablehnen, so dass man nicht recht weiß, wie die zukünftige Politik der Partei nun sein wird. Alle anderen wesentlichen Eliten sind aber relativ eindeutig für eine Fortführung des bisherigen Kurses, das gilt für die Steuerpolitik, die Arbeitsmarktpolitik oder für die Reaktionen auf die Finanzkrise. So sehen leider auch die bisherigen Ergebnisse bislang aus.

Auf Seiten der Bevölkerung führt das mehr und mehr zu einer so tiefgreifenden Desillusionierung, dass das, was der britische Soziologe Colin Crouch einmal als Postdemokratie bezeichnet hat, zunehmend mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Postdemokratie bedeutet, dass alle formalen demokratischen Prozeduren zunehmend inhaltsleer werden, dass die Bevölkerung nicht mehr aktiv teilnimmt am demokratischen Prozess und dass alle wesentlichen Entscheidungen in kleinen Kreisen von den Elite-Angehörigen ausgehandelt werden.

Diese Entwicklung zeichnet sich in Deutschland bei Wahlen schon sehr deutlich ab. Wenn man sich die Wahlbeteiligung anschaut, so liegt sie in den sozialen Brennpunkten der Großstädte selbst bei Landtagswahlen inzwischen deutlich unter 50 Prozent, bei Bundestagswahlen zwischen 50 und 60 Prozent, während in den gutbürgerlichen Wohnvierteln die Wahlbeteiligung immer noch um die 85 Prozent liegt. Vergleicht man das mit den Wahlbeteiligungen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, so hat es in den gutbürgerlichen Wohnvierteln einen Rückgang um knapp 10 Prozent gegeben, in den sozialen Brennpunkten einen Rückgang von über 30 Prozent. Die Menschen dort haben offenbar weitgehend das Gefühl „die da oben, die Eliten interessieren sich nicht für uns, wozu sollen wir noch wählen, für uns kommt sowieso nichts dabei heraus“. Sie klinken sich aus dem demokratischen Prozess, in diesem Fall aus dem Wahlvorgang, weitgehend aus. Dieser Prozess wird sich

vermutlich in den nächsten Jahren fortsetzen. Umgekehrt ist auf Seiten der Eliten eine Haltung zu konstatieren, die immer stärker dem entspricht, was Tony Blair in seiner Autobiografie kurz und prägnant so zusammengefasst hat: Über den wirklichen Durchbruch an politischer Erkenntnis bei ihm selbst sagt er, er wäre da eingetreten, als er begriffen hätte, dass politische Führung nicht bedeute, dass er wisse, was die Bevölkerung wolle, sondern dass er wisse, was er im Interesse der Bevölkerung für richtig halte. Das heißt, die Eliten nähern sich einem Punkt, an dem nicht die Interessen der Bevölkerung maßgeblich sind, sondern das, was sie im Interesse der Bevölkerung für wichtig halten. Und wenn man das Beispiel Tony Blair nimmt, muss man sich schon fragen, ob das, was er für richtig gehalten hat, wirklich richtig war. Denn die zwei wesentlichen Entscheidungen seiner Amtszeit waren zum einen die ununterbrochene Forcierung der Deregulierung des Finanzsektors, die katastrophale Folgen für die britische Volkswirtschaft gehabt hat, an der Großbritannien heute schwer leidet; und zweitens der Einmarsch in den Irak, der mit Lügen offiziell vorbereitet worden ist. Im Nachhinein muss man sagen, die Bevölkerung hat ganz offensichtlich ein deutlich besseres Empfinden dafür gehabt, was richtig für sie ist als Tony Blair.

Daraus folgt: Wenn sich die politischen Verhältnisse in Deutschland in der Richtung ändern sollen, die die Mehrheit der Bevölkerung für angemessen hält, nämlich die sozialen Unterschiede in diesem Land wieder zu verringern und ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit herbeizuführen, dann kann man sich nicht auf die Eliten verlassen. Die Eliten werden mehrheitlich, solange die soziale Zusammensetzung ist, wie sie ist, die jetzige Politik mit hoher Wahrscheinlichkeit fortsetzen. Die einzige Chance, diesen Kurs zu ändern, wird sein, vor allem auf die politische Elite öffentlich Druck auszuüben.

Die Bundestagswahl im September wird zeigen, ob die Bevölkerung mehrheitlich zu diesem Schritt bereit ist oder ob in einer Mischung aus Resignation und dem Gefühl, Gott sei Dank ist das Schlimmste in der Euro-Krise an uns vorbei gegangen, eine Politik weiter gewählt wird, die diesen Kurs in den nächsten Jahren fortsetzen wird.

*** Zum Autor:**

Michael Hartmann wurde 1952 geboren, ab 1971 Studium der Politikwissenschaften, Germanistik, Soziologie, Philosophie, Psychologie und Geschichte, 1979 Promotion zum Dr. phil.; 1983 Habilitation. Seit 1999 ist Hartmann Professor für Soziologie an der TU Darmstadt. Arbeitsschwerpunkte: Eliteforschung, Industrie- und Organisationssoziologie, Managementsoziologie, Globalisierung und nationale Wirtschaftsstrukturen.

Bücher des Autors: (Auswahl):

- Soziale Ungleichheit – Kein Thema für Eliten? Campus-Verlag. 2013.
- Eliten und Macht in Europa – Ein Vergleich. Campus-Verlag. 2007.